



Detailansicht des Registereintrags

Gesellschaft gegen Gewichtsdiskriminierung e.V.

Aktuell seit 24.10.2025 11:38:55

Frühere/-r Interessenvertreter/-in seit 24.10.2025

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R007584
Ersteintrag:	10.09.2025
Letzte Änderung:	24.10.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	—
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Turmstraße 81 10551 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4915154769916 E-Mail-Adressen: info@gewichtsdiskriminierung.de Webseiten: https://www.gewichtsdiskriminierung.de https://www.wahlkompass-antidiskriminierung.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Natalie Rosenke**

Funktion: Vorsitzende

2. Stephanie von Liebenstein

Funktion: stellv. Vorsitzende

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (2):**1. Natalie Rosenke****2. Stephanie von Liebenstein****Gesamtzahl der Mitglieder:**

39 Mitglieder am 31.12.2023, ausschließlich natürliche Personen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (14):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; EU-Gesetzgebung; Diversitätspolitik; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Politisches Leben, Parteien; Öffentliches Recht; Rechtspolitik; Strafrecht; Zivilrecht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Wissenschaft, Forschung und Technologie; Antidiskriminierung

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Gesellschaft gegen Gewichtsdiskriminierung (GgG) e.V. ist ein gesellschaftspolitischer Verband mit dem Ziel, die soziale Benachteiligung von dicken Menschen zu beenden und struktureller Diskriminierung anhand von Körpergewicht entgegenzuwirken. Wir verstehen Dicksein nicht als Defizit, sondern als Menschenrechtsthema.

Wir setzen uns beispielsweise für einen rechtlichen Schutz vor Diskriminierung anhand von Körpergewicht ein und fordern die Aufnahme des Merkmals "Körpergewicht" in den § 1 AGG, der die durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz geschützten Diskriminierungskategorien enthält.

Konkrete Regelungsvorhaben (3)

1. Aufnahme von "Körpergewicht" als Diskriminierungskategorie in § 1 AGG

Beschreibung:

Ziel ist ein rechtlicher Schutz vor Gewichtsdiskriminierung im Bereich Arbeit und bei Alltagsgeschäften, also Geschäften des täglichen Lebens wie Einkäufen, Restaurantbesuchen oder Bahn- und Busfahrten.

Betroffenes geltendes Recht:

AGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]; Antidiskriminierung

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2410090001 (PDF - 89 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.10.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. Auch kleineren Organisationen ermöglichen, ein Antidiskriminierungsverband nach § 23 AGG zu werden

Beschreibung:

Verbände, die zu bisher gesetzlich nicht erfassten Diskriminierungskategorien tätig sind, arbeiten oft auf rein ehrenamtlicher Basis, da viele Förderprogramme an die in § 1 AGG genannten Kategorien gekoppelt sind. Sie haben dadurch nicht die Ressourcen, in großem Umfang in die Mitgliedergewinnung und -verwaltung zu investieren, und können somit nicht die erforderlichen Mitgliederzahlen vorweisen, um Unterstützung leisten zu dürfen. Damit können sie selbst dann nicht für die Betroffenen tätig werden, wenn die Finanzierung

des Verfahrens z.B durch einen Rechtshilfefonds abgedeckt ist. Wir fordern daher, dass die Anforderungen an einen Antidiskriminierungsverband hinsichtlich der Anzahl der Mitglieder gesenkt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

AGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Diversitätspolitik [alle RV hierzu];
Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu];
Antidiskriminierung

3. Erweiterung des Beirats der Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Beschreibung:

Sofern die Diskriminierungskategorie "Körpergewicht" wie von uns gefordert in § 1 AGG aufgenommen wird, muss sie auch im Beirat vertreten sein. Dafür ist es erforderlich, die Anzahl der Plätze von 16 auf 17 anzuheben.

Betroffenes geltendes Recht:

AGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Diversitätspolitik [alle RV hierzu];
Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu];
Antidiskriminierung

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Glinkastraße 24, 10117 Berlin

Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro

Die Zuwendung ist eine Projektförderung im Rahmen des Programms respekt*land in Form einer Fehlbedarfsfinanzierung. Sie dient der Deckung der Ausgaben für die Entwicklung

eines Fortbildungsangebots zur Qualifizierung von Antidiskriminierungsberatungsstellen zum Thema Gewichtsdiskriminierung und schließt dabei intersektionale Perspektiven entlang der in § 1 AGG genannten Diskriminierungskategorien ein.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

2023_EUR_lobbyregister.pdf